

## Manipulierte Akten

Im Kloster Blankenburg und in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen verhungerten auch Patienten aus Bremen

VON GERWIN MÖLLER

**Wehnen.** Sophie Sumara starb mit nur 19 Jahren. Sie war nach dem Überfall Hitlers auf Polen 1939 als Zwangsarbeiterin ins Land verschleppt worden. In Delmenhorst schufte sie bei der Nordwolle – dort wurde während des Zweiten Weltkrieges Zellwolle als Grundstoff zur Sprengstoffherstellung verarbeitet. Im Juli 1943 wurde Sophie vom Krankenhaus Delmenhorst in die Heil- und Pflegeanstalt nach Wehnen bei Oldenburg eingewiesen. Ihre dann 14 Monate währende Krankengeschichte wurde auf Initiative des Gedenkkreises Wehnen nachgezeichnet.

Die Akte weist, bis zum Todesvermerk am 15. September 1944, sechs Einträge aus: Die Parallelität von Zeilen und Spalten der Schreibmaschinenschrift lässt ablesen, dass die Notizen erfolgten, ohne dass das Blatt einmal aus der Walze entfernt worden war. Viele weitere solcher Patientendokumente sind erst nach deren Tode abgefasst worden. Sie starben offiziellen Angaben zufolge an Herz- und Kreislaufschwäche oder an Tuberkulose – in Wahrheit sind sie jedoch „gestorben worden“. Weil die Anstalt an den Pflegekosten sparen wollte, wurde bei Patienten, die arbeitsunfähig blieben, bewusst auf deren Hungertod gesetzt.

### 1500 Patienten starben

Bei Sophie war Schizophrenie diagnostiziert worden. Sie sei „äußerst unsauber und singt und greift ihre Umgebung an und steht ohne Zweifel unter dem Einfluss von Sinnestäuschungen und Wahnvorstellungen“, hatte ein Arzt notiert. Das Schicksal der in Borislav in Galizien, das damals zu Polen und heute zur Ukraine gehört, geborenen Frau haben ehrenamtliche Mitarbeiter der im Jahr 2004 eröffneten Gedenkstätte Wehnen in einer roten Mappe zusammengetragen. „Sie war eine von circa 1500 Patienten, die auf diese Weise in den Tod geschickt wurde“, sagt der Oldenburger Medizinhistoriker Ingo Harms. Nach seinen Angaben stammten allein 139 Opfer der Hunger-Euthanasie aus Delmenhorst. Aus Bremen waren 445 Patienten nach Wehnen sowie ins Kloster Blankenburg geschickt worden, 268 dieser Menschen starben dort unter ärztlicher Obhut.

In der alten Pathologie auf dem Gelände der heutigen Karl-Jaspers-Klinik, einem als Leichenhalle erbauten Gebäude mit kreuzförmigem Grundriss, können sich Besucher über die Schicksale der „zu Tode gebrachten“ Patienten informieren: Es gibt zwei Räume, in einem der Zimmer ist das Büro untergebracht. Im Flurbereich sowie im ehemaligen Sezierraum sind Schautafeln an den Wänden aufgehängt. „In großer Zahl sind es Jugendliche, die sich für dieses Kapitel deutscher Geschichte interessieren“, sagt Lutz Renken vom Gedenkkreis, der die Dokumentationsstätte trägt. Um Seminare abhalten zu können, wird das nahe gelegene evangelische Gemeindehaus genutzt.

Schon seit 2014 gibt es den Wunsch, die Gedenkstätte zu erweitern. Der Trägerverein hat dafür von der Klinik das Gebäude der „Alten Malerwerkstatt“ angeboten bekommen. Dort gäbe es auch zwei Toiletten, „eine ist sogar barrierefrei“, es wäre auf rund 60 Quadratmetern Platz für eine größere Ausstellung, einen Seminarraum und drei Büros. Die



Ingo Harms (links) und Lutz Renken vom Gedenkkreis Wehnen vor dem Gebäude der ehemaligen Malerwerkstatt, in das die Erinnerungsstätte umziehen könnte.

FOTO: GERWIN MÖLLER

Finanzierung soll über eine dreijährige Projektförderung im Umfang von 640.000 Euro erfolgen. Die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten fördert solche Vorhaben in einer Größenordnung von bis zu 50 Prozent. Vorausgesetzt wird dafür aber auch eine Mitfinanzierung aus der jeweiligen Region.

### Erweiterung der Gedenkstätte

Der Gedenkkreis hat sich daher an den Mitinhaber der heutigen Karl-Jaspers-Klinik, den Bezirksverband Oldenburg (BVO), gewandt. Der BVO wird von neun Gebietskörperschaften getragen, es sind die Landkreise Ammerland, Cloppenburg, Friesland, Oldenburg, Vechta und Wesermarsch sowie die Städte Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven. Delmenhorsts ehemaliger Oberstadtdirektor Norbert Boese nannte bei einer Gedenkfeier zum Holocaust-Gedenktag in Delmenhorst Ende Januar den Bezirksverband sogar als in einer Pflicht stehend, sich finanziell an der Erweiterung der Gedenkstätte zu beteiligen. Der BVO sei schließlich Rechtsnachfolger des früheren Landesfürsorgeverbandes, jener Institution, die für die Hungertode von Wehnen verantwortlich war.

Die Herbeiführung des Todes durch Nahrungsmittelentzug war einerseits Mittel des Systems der Euthanasie im nationalsozialistischen Deutschland. Gleichzeitig rühmten sich die Schergen damals dafür, dass über

den Essensentzug auch gespart werden konnte: Den wirtschaftlichen Vorteil, es wurden bis zu 40 Prozent für die Ernährung der Patienten einbehalten, schätzt Harms auf rund sieben Millionen Reichsmark, was nach heutiger Wertberechnung einem verzehnfachten Betrag in Euro entspräche. Dennoch sagt Frank Diekhoff, Geschäftsführer des BVO, man könne keine Mittel für die Gedenkstätte bereitstellen. Bereits vor drei Jahren habe man dem Gedenkstättenkreis mitgeteilt, dass dieser sich für Zuschüsse an die einzelnen den BVO tragenden Kommunen wenden solle.

Delmenhorsts Oberbürgermeisterin Petra Gerlach (CDU) auf die Finanzierung angesprochen, verweist auf einen bereits im Jahr 2020 geleisteten Förderbeitrag an den Gedenkkreis, damals waren 3000 Euro bewilligt worden. „Aktuell geht es nicht um die Zuschussbitte an eine einzelne Kommune, sondern um ein Projekt, das aufgrund seines Umfangs der Unterstützung und Verständigung aller Kommunen im Oldenburger Land bedarf“, sagt Gerlach. Sie geht davon aus, „dass wir weiterhin in enger Abstimmung an einer guten interkommunalen Lösung arbeiten werden – auch, wenn dies durch die Beteiligung vieler seine Zeit braucht“.

Ingo Harms, der sich auch im Gedenkkreis engagiert, klingt enttäuscht. Die in Aussicht gestellte Bezuschussung aus der Landesstiftung droht zu verfallen. Und es scheint ihm,

als ob die Arbeit der Gedenkstätte „bei den Landkreisen und kreisfreien Städten unerwünscht“ sei.

ANZEIGE

## Schüsse aus dem Kugelschreiber

Prozess gegen 33-Jährigen

**Verden/Nienburg.** Lang ist die Liste der Straftaten, die ein 33-jähriger Mann in den vergangenen drei Jahren in seinem Wohnort Nienburg verübt haben soll. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft reichen bis hin zum mehrfachen versuchten Totschlag. Dabei soll der Angeklagte einen sogenannten Schießkugelschreiber verwendet haben.

Ein zunächst im November vorigen Jahres begonnener Prozess am Landgericht Verden war ausgesetzt worden, nachdem eine weitere Anklageschrift bekannt geworden war. Und mehr noch: Der bis dato auf freiem Fuß befindliche Mann vernahm noch im Gerichtssaal die Verkündung des Haftbefehls und sitzt seither in Untersuchungshaft. In der neu begonnenen Hauptverhandlung wurde zunächst das Verfahren gegen einen jüngeren Mitangeklagten abgetrennt, der in einem Fall mit dem Nienburger gemeinsame Sache gemacht haben soll.

Der Komplize wurde wegen besonders schwerer räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Das Gericht ordnete zudem seine Unterbringung in einer Entzugsklinik an. Dem 33-Jährigen, der bislang schweigt, droht im Falle einer Verurteilung dem Vernehmen nach auch Sicherungsverwahrung. ASI

### SCHADEN AN OBERLEITUNG

## Zugausfälle in Hannover

**Hannover/Göttingen.** Wegen eines Oberleitungsschadens kommt es auf der Bahnstrecke zwischen Hannover und Göttingen zu Zugausfällen im Regionalverkehr in beiden Richtungen. Fernverkehrszüge würden über ein zweites Gleis an der Stelle geleitet, sagte eine Bahnsprecherin am Freitagmorgen. Die Bahn arbeite an der Reparatur der Oberleitung. Im Lauf des Freitagvormittags soll die Strecke wieder komplett befahrbar sein. Der Grund für die defekte Oberleitung war zunächst nicht bekannt. DPA

### AUS DEM NOTIZBLOCK

## Von frohen Festen, falschen Zahlen und guten Noten



**Peter Mlodoch**  
und die Woche in Hannover

Das Jubiläum fand fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Am vergangenen Sonnabend jährte sich die Regierungsübernahme des schwarz-gelben Kabinetts von Niedersachsens Ministerpräsident **Christian Wulff** (CDU) zum 20. Mal. Ein Grund zum Feiern für den späteren Bundespräsidenten? Wulffs Ministerpräsidenten-Nachfolger **Stephan Weil** (SPD) jedenfalls war dieser Meinung und stellte das Gästehaus der Landesregierung für ein kleines Festessen zur Verfügung. Der aktuelle Landesvater begrüßte die Runde auch kurz zum Stehempfang, bevor er dann rechtzeitig vor dem Essen verschwand. Die meisten Ehemaligen, darunter FDP-Urgestein und Ex-Wirtschaftsminister **Walter Hirche**, waren der Einladung gern gefolgt. Pompös wurde die Jubiläumsfeier dann allerdings nicht; die Partner der früheren Kabinettsmitglieder waren nicht mit von der Partie bei der Party.

Mit einer Rechenschwäche sorgte Niedersachsens SPD-Fraktionschef **Grant Hendrik Tonne** für Schadenfreude und Spott bei seinen Genossen. In ihrer Klausurtagung auf Norderney forderte seine Abgeordnetentruppe mehr Wind beim Ausbau der erneuerbaren Energien. „Bis 2035 wollen wir rechnerisch eine Windanlage pro Tag in Niedersachsen errichten“, lautete dazu der entscheidende Satz in der verabschiedeten „Norderneyer Erklärung“. Als Tonne dazu eine Gesamtsumme beziffern sollte, nannte er flugs 15.000. Doch da irrte der ehemalige Kultusminister gewaltig. In den nächsten zwölf Jahren wären es „nur“ 4380 Windräder. „Mein Mathe-Leistungskurs ist aber auch schon ganz lange her“, entschuldigte sich der Vorsitzende.

Einige Stunden zu spät zur Klausur ihrer CDU-Landtagsfraktion kam Parlamentsgeschäftsführerin **Carina Hermann**. Die Göttingerin war gemeinsam mit Fraktionsvizechefin **Veronika Bode** beim Europatreffen mit CDU-Kollegen aus anderen Länderparlamenten in Brüssel gefordert. Und von der EU-Hauptstadt nach Garrel in der Cloppenburg Provinz braucht es halt seine Zeit. Immerhin konnte Hermann diese recht

produktiv nutzen. Da sie selbst ihr Auto nicht steuern musste, ließ sie sich von unterwegs per Videoschleife zu den Parteifreunden im Tagungshotel verbinden. Das habe auch ganz gut funktioniert, berichtete die Juristin: „Wir sind ja schließlich eine moderne und digitale Partei.“

Gut drei Jahre nach der Neuaufstellung der Norddeutschen Landesbank sollte der Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen (SVN), **Thomas Mang**, eine Zwischenbilanz ziehen. „Die Richtung stimmt. Die Bank ist weitestgehend frei von Risiken“, meinte der SVN-Chef. Dessen Geldinstitute halten neben den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Anteile an der einst wegen fauler Schiffskredite in Schiefelage geratenen NordLB. „Da können wir „befriedigend“ drunterschreiben.“ Mehr nicht, fragte ein Journalist enttäuscht. Als Norddeutscher pflegte er hier Zurückhaltung, antwortete Mang. „Ich bin kein Freund von Eisens.“ Man müsse ja immer noch Luft nach oben bei der Benotung haben, erklärte der Präsident. Und zeigte sich dann doch noch gnädig: „Insofern können Sie das Befriedigend also gern auch als ein Gut bewerten.“ hannover@weser-kurier.de



**BREPARK**  
NÄHER DRAN

➔ **KEIN BARGELD,  
KEIN PROBLEM.**

- Parken Sie in unseren BREPARKhäusern Pressehaus, Am Brill, Am Dom, Stephani und Ostertor/Kulturmeile bequem mit Handy, Kredit- oder Girokarte
- Bereits an der Einfahrt kontaktlos einfahren
- Keine Wartezeit am Kassenautomaten
- Bezahlvorgang an der Ausfahrt abschließen

Einfach näher dran parken.  
Weitere Infos erhalten Sie unter [www.brepark.de](http://www.brepark.de)